

## WirZahlenNicht!-Komitee

web: [www.wirzahlennicht.com](http://www.wirzahlennicht.com)  
mail: [hello@wirzahlennicht.com](mailto:hello@wirzahlennicht.com)  
facebook: [/Wirzahlennicht](https://www.facebook.com/Wirzahlennicht)  
twitter: [@Wirzahlen\\*nicht](https://twitter.com/Wirzahlen*nicht)



### Offener Brief zum Shut Down-Mietenwahnsinn-Aktionstag am 20.06.2020

Die Krise des Mieten- und Wohnungsmarkts zeigt sich in der COVID-19-Pandemie deutlicher denn je. Durch die Profitinteressen der Wohnungswirtschaft sind schon lange keine bezahlbaren Wohnungen und Gewerberäume mehr vorhanden. Durch ausbleibende oder reduzierte Einkommen oder Aufträge für Gewerbemiet\*innen, spitzt sich diese Situation zu und viele Mieter\*innen sehen sich in der aktuellen Situation in ihrer Existenz bedroht. Während die COVID-19-Pandemie dazu führt, dass sich Millionen von Mieter\*innen bereits heute verschulden müssen, um ihre Miete bezahlen zu können, verdienen die Wohnungsunternehmen ungeachtet der Krise auf unsere Kosten weiter.

Sichtbar wird dies unter anderem daran, dass ungeachtet der COVID-19-Pandemie auch in diesem Jahr die Wohnungskonzerne Vonovia und die LEG, zwei der größten börsennotierten Wohnungsunternehmen in Deutschland, die Dividenden an ihre Aktionäre ausschütten wollen.

Aktuell werden rund 20 bis 40 Prozent der Mieteinnahmen dieser Konzerne für die Dividende verwendet. Dennoch fordert die Immobilienwirtschaft mit Unterstützung des Deutschen Mieterbund einen „Sicher-Wohnen-Fonds“, der sicherstellen soll, dass trotz ausbleibender Einkommen ihrer Mieter\*innen weiter Geld in die Kassen der Immobilienunternehmen fließt.

Wir denken, dass es andere Maßnahmen braucht. Nicht wir Mieter\*innen sollten für diese Krise zahlen, sondern es müssen solidarische Lösungen gefunden werden, das heißt, keine Gewinngarantien für die Wohnungswirtschaft, sondern Absicherungen für uns Mieter\*innen.

Ein solidarischer Umgang mit der Krise heißt, dass Mieter\*innen bei der Bezahlung ihrer Miete entlastet werden ohne sich dabei zu verschulden. Der Wohnraum muss in der Krise für alle Menschen gesichert werden. Ein wichtiger Schritt ist ein Mieterlass, das heißt die Begrenzung der Miethöhe für alle oder zumindest für jene, die mehr als 30 Prozent ihres verfügbaren Einkommens für die Miete ausgeben. Wir fordern auch eine Verlängerung des Kündigungsschutzes, der nun im September 2020 auslaufen soll, über die gesamte Dauer dieser Krise und mehr Zeit für Mieter\*innen die angehäuften Schulden wieder abzahlen zu können, denn die Einkommen vieler werden erst lange nach der Krise wieder steigen.

Wenn weiterhin lediglich Maßnahmen getroffen werden, die der Wohnungswirtschaft auf Kosten von Mieter\*innen und Staat ihre Einkünfte sichern, wenn Mieter\*innen weiterhin aufgrund der hohen Wohnkosten in ihrer Existenz bedroht sind, wird auch die Bereitschaft oder gar der Zwang zu

weitreichenderen Forderungen, Aktionen und Zahlungsverweigerungen steigen.

Wir fordern die sofortige Umsetzung eines **Mieterlass**, das heißt, eine Reduzierung der Miete!

(hierzu liegen Vorschläge wie z.Bsp. die Krisenmiete von Armin Kuhn vor)

Wir fordern weiterhin:

- Wohnung für alle: Recht auf Wohnen
- keine Kündigung und keine Räumungen
- Sammelunterbringungen auflösen und dezentrale Unterbringung umsetzen
- Keine Gewinngarantie für Immobilienunternehmen auf Mieter\*innen- oder Staatskosten
- Vergesellschaftung privater Wohnungskonzerne
- Kollektive Neu-Verhandlungen von Mietverträgen
- Mietstreikrecht, Koalitionsrecht, Tarifrecht und andere kollektive Rechte für Mieter\*innen
- Mitbestimmungsrecht der Mieter\*innen in ihren Häusern.

Wir-zahlen-nicht-Komitee

[www.wirzahlennicht.com](http://www.wirzahlennicht.com)